

Nachrichten aus Brüssel

Qualitätsstandards in Europa

Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt im Dienstleistungssektor ist die Verwirklichung des freien Leistungswettbewerbs wichtiger als Reformen bei Regulierungen der Freien Berufe. So fordert es die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT): „Verbraucherschutz und die anerkannt hohe Qualität der deutschen freiberuflichen Dienstleistungen dürfen im europäischen Binnenmarkt nicht auf der Strecke bleiben. Wir wollen deshalb, dass im europäischen Kontext dafür Sorge getragen wird, dass die Durchlässigkeit der Grenzen nicht zu einem Abbau von Qualitätsstandards und einem Verlust des Vertrauens der Verbraucher führt. Leistungs- und Qualitätswettbewerb sind zu fördern.“

Gesundheit in der EU

Die Europäische Kommission hat in ihrer am 20. Oktober 2009 veröffentlichten Mitteilung „Solidarität im Gesundheitswesen: Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU“ auf die zum Teil gravierenden Unterschiede im Gesundheitsbereich der EU-Mitgliedsstaaten hingewiesen. So beträgt etwa der Unterschied bei der Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt zwischen den Mitgliedsstaaten bis zu acht Jahre für Frauen und vierzehn Jahre für Männer. Um die Schere mit Blick auf Gesundheit und Lebenserwartung der EU-Bürger zu schließen, will die Kommission bestehende Bestrebungen der Mitgliedsstaaten unterstützen und ergänzende eigene Maßnahmen ergreifen. So sollen regelmäßig vergleichbare Statistiken und Berichte über das Ausmaß der Ungleichgewichte und über erfolgreiche Strategien zur Reduzierung erstellt werden. Ferner will die EU die Auswirkungen ihrer eigenen Politik auf die Entwicklung von Ungleichheiten untersuchen und sicherstellen, dass sie zu deren Abbau beiträgt. Schließlich soll der Informationsfluss über EU-Finanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung nationaler Behörden und anderer Einrichtungen verbessert werden. 2012 soll ein Fortschrittsbericht die Ergebnisse der geplanten Maßnahmen bewerten.

Bürokratiekosten weiter senken

2007 hatte sich die Europäische Kommission das Ziel gesetzt, die durch EU-Recht verursachten Verwaltungskosten von insgesamt 123,8 Milliarden Euro bis 2012 um 25 Prozent zu reduzieren. Ende Oktober stellte die Kommission nun ihren Fortschrittsbericht vor. Darin rechnet die Kommission vor, dass die bereits auf den Weg gebrachten sowie die derzeit vorbereiteten Maßnahmen die Bürokratiekosten um etwa 40,4 Milliarden Euro senken könnten, falls Rat und Europäisches Parlament zustimmen. Dies entspräche einer Senkung um 33 Prozent. Inhaltlich folgt die Kommission den Vorschlägen der Expertengruppe unter Leitung des ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber. Kleine und mittlere Unternehmen sollen von den geplanten Entlastungen profitieren. So hat die Kommission beispielsweise vorgeschlagen, die elektronische Abrechnung bei der Mehrwertsteuer zu erleichtern oder Kleinstbetriebe von bestimmten Rechnungslegungsvorschriften auszunehmen.

Bericht: Mehr Drogenmissbrauch

Die Europäische Kommission hat Anfang November ihren Bericht zum Drogenmissbrauch 2009 veröffentlicht. Die vom Europäischen Beobachtungszentrum für Drogen und Drogenabhängigkeit erstellte Studie ergab, dass der Konsum von verschiedenartigen Drogen und Alkohol in einem sehr differenzierten Drogenmarkt zunimmt. Zu den am meisten konsumierten Drogen gehören Heroin und Kokain. Methamphetamine sind vor allem in Ost- und Nordeuropa beliebt, der Haschischgenuss hingegen habe sich insgesamt verringert. In Deutschland nahmen rund 1,6 Prozent der 15- bis 34-Jährigen Kokain, wobei der europäische Durchschnitt bei rund 2,2 Prozent liegt. Die Gesamtzahl der Drogentoten ist mit etwa 8000 im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil geblieben. Die Kommission hat die europäischen Mitgliedsstaaten zu einer engen und abgestimmten Zusammenarbeit bei der Problembekämpfung aufgerufen.

Quellen: Bundeszahnärztekammer, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft